

GI Leitsätze

Leichtfertige Steuerhinterziehung durch Steuerberater / Vorbereitung der Steuererklärung

Der steuerliche Berater, der die vom Steuerpflichtigen unterzeichnete und den Finanzbehörden vorgelegte Steuererklärung lediglich vorbereitet hat, begeht auch dann keine leichtfertige Steuerverkürzung, wenn die Steuererklärung infolge eines leichtfertigen Verhaltens unvollständig oder unrichtig ist.

(BayObLG, Beschl. v. 9.11.1993 – 4 StRR 54/93 – wistra 94, 34)

Anerkennung als Buchprüfungsgesellschaft / Nachweis des eingezahlten Stammkapitals / Besetzung der Geschäftsführung

1. Voraussetzung für die Anerkennung einer Buchprüfungsgesellschaft/Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist, daß das Stammkapital im Zeitpunkt der Anerkennung voll eingezahlt ist.
2. Öffentliche Funktion des Abschlußprüfers und darauf beruhende hohe Verantwortlichkeit verbieten die gleichzeitige Leitung örtlich, rechtlich und organisatorisch getrennter Unternehmungen (hier: eigene Praxis und Buchprüfungsgesellschaft).

(VG Hannover, Urt. v. 25. 8. 1993 – 5 A 3374/91 – WPK-Mitt. 1994, 65)

Vermietung unter Ehegatten / Umsatzsteuer

Eine Ehefrau kann die Überlassung von Büroräumen an ihren Ehemann (Leistungsempfänger) auch dann wirksam als steuerbare – auf Erzielung des vereinbarten Entgelts gerichtete – Leistung ausführen, wenn der Leistungsempfänger die Gegenleistung auf eines seiner Konten überweist und die Ehefrau darüber regelmäßig rechtlich und tatsächlich verfügen kann (Abgrenzung zum Ertragssteuerrecht).

(BFH, Urt. v. 15. 3. 1993 – V R 109/89 – NJW 1994, 216)

Anmerkung:

Das Finanzamt hatte nach einer Außenprüfung die Auffassung vertreten, die Ehefrau könne zwar den Vorsteuerabzug nicht beanspruchen, weil der Mietvertrag steuerrechtlich nicht anerkannt werden könne, schulde aber die gesondert in Rechnung gestellte Umsatzsteuer. Der BFH hat klargestellt, daß das Umsatzsteuerrecht nicht gegenseitige Leistungspflichten, sondern tatsächliche Vorgänge besteuert. Ein Leistungsaustausch ist nicht bereits zu verneinen, wenn die Durchführung eines Vertrages nicht ordnungsgemäß oder wenn die Vereinbarungen nicht dem entsprechen, was unter fremden üblich ist.

Wirtschaftsprüferhaftung

- Beginn der Prüferhaftung
- Schadenentstehung
- Gewinnverwendungsbeschluß
- ordnungsgemäßer Mahnbescheid
- Anmerkung

(BGH, Urt. v. 28.10.1993 – IX ZR 21/93 – BB 1994, 183)

Leitsätze:

1. Macht der Konkursverwalter selbst als Anwalt Masseansprüche gerichtlich geltend, schuldet er den Beteiligten grundsätzlich dieselbe Sorgfalt wie einem Mandanten.
2. Der Konkursverwalter hat einem Gläubiger für den Einzelschaden, der ihm durch die schuldhafte Verletzung konkurrenzspezifischer Pflichten entstanden ist, auch dann persönlich einzustehen, wenn dieser auf einer Vereinbarung zwischen dem Gläubiger und der Masse beruht.
3. Hat ein Abschlußprüfer zu verantworten, daß in der Bilanz der Aktiengesellschaft ein in Wahrheit nicht bestehender Gewinn ausgewiesen wurde, beginnt die Verjährung des gegen ihn gerichteten Schadenersatzanspruches erst mit dem Gewinnverwendungsbeschluß der Hauptversammlung. Das gilt auch dann, wenn die Aktien nahezu ausschließlich den Mitgliedern des Vorstands und/oder Aufsichtsrats der Gesellschaft gehören.
4. Zu den Anforderungen an die Bezeichnung eines Schadenersatzanspruches im Mahnbescheid.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte ist Konkursverwalter der T. AG, einer Treuhandgesellschaft. Der Kläger hat gegen die Gemeinschuldnerin Forderungen in Höhe von über 478.000 DM, die zur Konkurstabelle festgestellt sind. Er verlangt vom Beklagten persönlich Schadenersatz, weil dieser Ersatzansprüche der Gemeinschuldnerin gegen die D. Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wegen fehlerhafter Prüfung des Jahresabschlusses 1981 habe verjähren lassen. Der Prüfungsbericht der Abschlußprüferin bestätigte, daß der Jahresabschluß für das Jahr

1981, der einen Bilanzgewinn von fast 889.000 DM auswies, dem Gesetz und der Satzung entspreche. Dieser Bericht lag dem Vorstand der T. am 1. 7. 1982 vor und wurde am 5. 7. vom Aufsichtsrat gebilligt. Am 26. 7. 1982 beschloß die Hauptversammlung – entsprechend dem Vorschlag des Vorstands –, von dem Bilanzgewinn 840.000 DM als Dividende auf das Grundkapital auszuschütten, das von lediglich vier Aktionären gehalten wurde. Nach der Behauptung des Klägers erhielten die Aktionäre diese Summe ausbezahlt. Der Kläger macht geltend, die Abschlußprüfung habe infolge einer Reihe, im einzelnen ausführlich dargestellter Pflichtverletzungen den Jahresabschluß zu Unrecht als ordnungsgemäß testiert. In Wirklichkeit hätte die Bilanz einen Verlust ausweisen müssen. Am 24. 4. 1987 schloß der Kläger mit dem Beklagten, handelnd als Konkursverwalter über das Vermögen der T., eine Vereinbarung, die auszugsweise wie folgt lautet:

- „1. Die Beteiligten beabsichtigen, ... gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft D. Treuhandgesellschaft mbH, D., Klage wegen Unkorrektheiten bei den Bilanzen per 1981 und 1982 sowie den hierauf beruhenden Gewinnverwendungsbeschlüssen zu erheben.
2. Herr Dr. S. (Beklagter) ist jedoch im Verhältnis zu Herrn U. (Kläger) nicht verpflichtet, diese Klage zu erheben. Sollte sich im weiteren Verlauf herausstellen, daß es aus anwaltlicher Sicht nicht vertretbar erscheint, die Klagen zu führen, insbesondere im Hinblick auf das Prozeßkostenrisiko der Konkursmasse T., kann Herr Dr. S. jederzeit von der weiteren Durchführung des Verfahrens Abstand nehmen. Er wird Herrn U. hierüber jedoch informieren.
3. Der Prozeß ... (wird) von Herrn Dr. S. als Partei kraft Amtes (Konkursverwalter der T.) geführt. Herr U. wird jedoch an den Kosten sowie an einem möglichen Erlös dieses Verfahrens ... in Höhe von 25 % beteiligt. ...
4. Darüber hinaus wird Herr U. das Gutachten zur Falschbewertung der Jahresabschlüsse 1981 und 1982 für die Klageschrift erstellen. Dies ist nicht gesondert zu vergüten.“

Am 14. 7. 1987 beantragte der Beklagte gegen die Abschlußprüferin den Erlaß eines Mahnbescheids in Höhe von 500.000 DM, gestützt auf „Anspruch aus § 168 AktG wegen Pflichtverletzung bei der Bilanzierung der Firma T., Treuhand-Aktiengesellschaft, per 31. 12. 1981. Gemäß Schreiben und Mahnung.“ Die Abschlußprüferin hat dem ihr zugestellten Mahnbescheid widersprochen. Erst mit Schriftsatz vom 19. 6. 1992 hat der Beklagte die Abgabe an das Prozeßgericht bean-

tragt, die Klage begründet und den Anspruch zugleich auf 300.000 DM beschränkt. Dieser Rechtsstreit ist noch nicht abgeschlossen. Der Kläger ist der Meinung, der Beklagte habe den Mahnbescheid erst nach Ablauf der fünfjährigen Verjährungsfrist des § 168 Abs. 5 AktG a. F. beantragt und den damit verfolgten Anspruch zudem in einer Weise bezeichnet, die nicht geeignet sei, die Verjährung zu unterbrechen. Der Kläger nimmt den Beklagten daher persönlich wegen Verletzung der Vereinbarung vom 24. 4. 1987 sowie aus § 82 KO auf Schadenersatz in Höhe von 125.000 DM in Anspruch.

Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen (Vorinstanz: OLG Hamm, Urte. v. 17. 12. 1992, 27. Zivilsenat). Die Revision des Klägers führte zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

„B. ...

I.

Das Berufungsgericht sieht den Kläger ohne weiteres als befugt an, den Anspruch selbst gerichtlich geltend zu machen. Das ist im Ergebnis nicht zu beanstanden.

Zwar kann der Schaden, der der Gemeinschaft der Gläubiger durch ein pflichtwidriges Verhalten des Konkursverwalters erwächst, grundsätzlich nicht durch einen einzelnen der davon betroffenen Masse- oder Konkursgläubiger eingeklagt werden; denn das der Gemeinschaft zugewiesene Verwertungsrecht steht dem Konkursverwalter zu, so daß es durch einen neu bestellten Verwalter ausgeübt werden muß (BGH, Urte. v. 22. 2. 1973 – VI ZR 165/71, NJW 1973, 1198; v. 5. 10. 1989 – IX ZR 233/87, WM 1989, 1781; Kuhn/Uhlenbruck, KO 10. Aufl. § 82 Rdnr. 5 m.w.N.). Dieses Recht läßt sich nicht in Einzelansprüche der verschiedenen mittelbar betroffenen Gläubiger aufteilen (Senatsurteil v. 5. 10. 1989. a.a.O. S. 1784). Indes ist ein solcher Anspruch nicht Gegenstand dieses Rechtsstreits. Der Kläger verlangt nicht einen Anteil von dem, was der Gesundheit der Gläubiger als Schadenersatz zustünde. Er begehrt vielmehr ausschließlich Ersatz für den Verlust des Sonderanteils, der ihm infolge der Vereinbarung v. 24. 4. 1987 seiner Ansicht nach hätte zufließen müssen, wenn der Beklagte seine Amtspflichten als Konkursverwalter ordnungsgemäß wahrgenommen hätte. Der Kläger macht daher – was Lücke EWiR 1993, 797, 798 verkennt – ausschließlich einen Einzelschaden geltend.

II.

Der Beklagte hat allerdings bei Beantragung des Mahnbescheids gegen die Abschlußprüferin seine gesetzlichen Pflichten als Konkursverwalter verletzt.

1. Die Durchsetzung von Ansprüchen der Masse gegen Dritte dient dem Gesamtinteresse der Konkursgläubiger und gehört daher zu den konkursspezifischen Aufgaben des Konkursverwalters. **Dieser hat folglich solche Ansprüche gerichtlich geltend zu machen, wenn die Erfolgsaussichten günstig sind und die Prozeßführung wirtschaftlich vertretbar erscheint.** Der beantragte Mahnbescheid sollte verhindern, daß der Anspruch der Gemeinschuldnerin gegen die Abschlußprüferin verjährt, und dem Beklagten so die Möglichkeit erhalten, einen Prozeß zu führen, sobald günstige Erfolgsaussichten für ihn erkennbar wurden. Der Beklagte hatte daher einen den Anforderungen der §§ 688 bis 690 ZPO zweifelsfrei genügenden Mahnantrag so rechtzeitig anzubringen, daß die Unterbrechung der Verjährung (§ 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB) gesichert war.
2. Nach der ständigen Rechtsprechung des Senats ist ein Rechtsanwalt gegenüber seinem Mandanten verpflichtet, **bei ungeklärter Rechtslage die für diesen ungünstigere Auffassung in seine Überlegungen mit einzubeziehen und demgemäß den Weg zu wählen, der geeignet ist, die Rechte seines Auftraggebers möglichst umfassend zu wahren** (BGH, Urt. vom 17.12.1987 – IX ZR 41/86, NJW 1988, 1079, 1082; vom 28.6.1990 – IX ZR 209/89, WM 1990, 1917, 1919). Demgemäß hat der Rechtsanwalt bei der Geltendmachung von Ansprüchen sicherheits halber von der kurzen Verjährungsfrist auszugehen, solange deren Dauer und Ablauf zweifelhaft erscheint (Senatsurt. v. 5.11.1992 – IX ZR 12/92, GI 93, 98 = NJW 1993, 734, 735; v. 17.6.1993 – IX ZR 206/92 z.V.b.).

Das dem Konkursverwalter übertragene private Amt begründet zwischen ihm und den von § 82 KO erfaßten Beteiligten besondere Rechte und Pflichten. Es entsteht ein gesetzliches Schuldverhältnis, das eine rechtsgeschäftsähnliche Beziehung herstellt (BGHZ 93, 278, 281). Die Belange der Konkursgläubiger, die der Konkursverwalter bei der Durchsetzung von Masseansprüchen zu wahren hat, sind den Interessen der Personen vergleichbar, die einen Dritten mit der Wahrnehmung ihrer Rechte beauftragen. Hat sich der Konkursverwalter entschlossen, selbst einen Rechtsstreit für die Masse zu führen, so hat er dies mit der Sorgfalt eines beruflichen Sachwalters fremder Vermö-

gensinteressen zu tun. Besitzt er die dafür erforderlichen Kenntnisse nicht, ist er im Rahmen der verfügbaren Mittel verpflichtet, den entsprechenden Rat eines Rechtskundigen einzuholen. Ist der Konkursverwalter selbst Rechtsanwalt, schuldet er den Beteiligten bei der gerichtlichen Durchsetzung der Rechte grundsätzlich dieselbe Sorgfalt wie ein Rechtsanwalt seinem Mandanten. Infolgedessen hatte der Beklagte bei Beantragung des Mahnbescheids im Interesse der Konkursgläubiger den sichersten Weg zu wählen.

3. Diesen Anforderungen ist der Beklagte im Streitfall nicht gerecht geworden.

a) **Der Mahnbescheid bezeichnet den geltend gemachten Anspruch nicht präzise;** denn der Beklagte begehrte Schadenersatz nicht wegen mangelhafter Bilanzierung – welche gar nicht Gegenstand des erteilten Auftrags war –, sondern aus Pflichtverletzungen bei der Abschlußprüfung. Der Zusatz **„gemäß Schreiben und Mahnung“ war verfehlt**, weil entsprechende Schriftstücke nicht existieren. Das Landgericht Dortmund hat inzwischen im Regreßprozeß des Klägers gegen die Abschlußprüferin die Angaben nicht als geeignete Individualisierung des Anspruchs im Sinne des § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO angesehen (Urt. v. 17. 6. 1993 – 16 O 86/92) und in dem die Prüfung des Jahresabschlusses 1982 betreffenden Rechtsstreit ebenso entschieden (Urt. v. 12. 4. 1991 – 18 O 26/90). Zwar ist dieser Auffassung – wie noch zu zeigen sein wird – nicht zu folgen. Das ändert aber nichts daran, daß der Anspruch im Mahnbescheid nicht sorgfältig bezeichnet worden und daraus ein unnötiges Prozeßrisiko entstanden ist. Folglich hat der Beklagte insoweit pflichtwidrig gehandelt.

b) Der Beklagte wäre nach den nicht angegriffenen tatsächlichen Feststellungen des Berufungsgerichts ohne weiteres in der Lage gewesen, **den Mahnbescheid bereits am 1. 7. 1987 zu beantragen. Darin, daß er dies unterlassen und bis zum 14. 7. gewartet hat, liegt ebenfalls eine Pflichtverletzung.**

Die Frage, wann die fünfjährige Verjährungsfrist des § 168 Abs. 5 AktG a. F. zu laufen beginnt, war damals noch ungeklärt. Veröffentlichte Rechtsprechung fehlte; im Schrifttum wurde teilweise die Auffassung vertreten, der Ersatzanspruch sei bereits mit Ablieferung des Prüfungsberichts entstanden (vgl. die Nachweise unten III 2 a). Die Literatur behandelte die Frage durchweg ohne eine vertiefte Begründung. Im Hinblick darauf hätte der Beklagte zur Vermeidung

dung jeglichen Risikos den Antrag auf Erlaß des Mahnbescheids bis spätestens 1.7.1987 bei Gericht einreichen müssen.

III.

Indessen ist dem Kläger aus diesen Pflichtverletzungen **bisher kein Schaden entstanden**. Die Verjährung des Schadenersatzanspruches gegen die Abschlußprüferin ist durch den am 14.7.1987 beantragten Mahnbescheid wirksam unterbrochen worden (§ 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB).

1. Ein Mahnbescheid unterbricht die Verjährung nur für solche Ansprüche, die in der gemäß § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO geforderten Weise bezeichnet sind (BGH, Urt. v. 5.12.1991 – VII ZR 106/91, NJW 1992, 1111). Die Angaben, die der vom Beklagten erwirkte Mahnbescheid enthielt, waren dafür noch ausreichend.

a) **§ 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO verlangt lediglich eine hinreichende Individualisierung** des geltend gemachten Anspruchs. Dieser muß so gekennzeichnet sein, daß er über einen Vollstreckungsbescheid Grundlage eines Vollstreckungstitels sein und der Antragsgegner erkennen kann, welcher Anspruch gegen ihn erhoben wird, damit er zu beurteilen vermag, ob er sich gegen ihn zur Wehr setzen soll oder nicht (BGHZ 104, 268, 273 f.). Welche Angaben im Einzelfall notwendig sind, läßt sich nicht allgemein festlegen, sondern hängt von dem zwischen den Parteien bestehenden Rechtsverhältnis sowie der Art des Anspruchs ab (BGH, Urt. v. 5.12.1991 a.a.O.). **Erkennbar sein muß aber nur der konkrete Gegenstand des Rechtsstreits. Eine nähere Angabe des Rechtsgrundes, aus dem der Anspruch hergeleitet wird, ist in der Regel nicht geboten** (BGHZ 112, 367, 370).

- b) Aus dem **Hinweis auf die Vorschrift des § 168 AktG** ging zweifelsfrei hervor, daß die Antragsgegnerin für die Verletzung ihrer Pflichten als Abschlußprüfer, betreffend das Jahr 1981, in Anspruch genommen werden sollte. Da zu den Pflichten des Abschlußprüfers nicht die Bilanzierung selbst, sondern allein deren Prüfung gehört, ließ die vom Beklagten gewählte Bezeichnung für den Adressaten hinreichend erkennbar werden, daß letzteres gemeint war und der Mahnbescheid eine dabei begangene Pflichtverletzung betraf. Verstöße gegen die Pflicht zur Verschwiegenheit sowie das Verbot der unbefugten Verwertung von Geheimnissen, die in § 168 Abs. 1 AktG a. F. ebenfalls erfaßt sind, waren nicht erwähnt und daher ersichtlich nicht angesprochen. Einer näheren Angabe, worin die Prüfungsfehler der

Antragsgegnerin zu sehen waren, bedurfte es zur Individualisierung des in Höhe der Haftungshöchstsumme von 500.000 DM (§ 168 Abs. 2 Satz 1 AktG a. F.) erhobenen Anspruchs nicht; denn eine derartige Erweiterung widerspräche dem Sinn und Zweck des auf eine möglichst knappe Darstellung ausgerichteten § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO. Solche Anforderungen wären mit dem Ziel des auf eine schnelle Erledigung ausgerichteten Massenverfahrens nach §§ 688 ff. ZPO nicht vereinbar.

War der Anspruch durch die genannten Angaben bereits hinreichend bezeichnet, so schaden die Schlußworte ‚gemäß Schreiben und Mahnung‘ nicht. Diese Worte waren zwar zur Kennzeichnung des Anspruchs ungeeignet; denn es gab solche Schriftstücke nicht. Da es sich indes lediglich um einen formelhaften Zusatz handelte, der keine konkrete Aussage enthielt, vermochte er die durch die vorstehende Erläuterung schon bewirkte Individualisierung des Anspruchs nicht zu beseitigen oder zu verändern.

2. **Als der Mahnbescheid beantragt wurde, war der Ersatzanspruch aus § 168 AktG a. F. gegen die Abschlußprüferin noch nicht verjährt.**

- a) Der Schadenersatzanspruch, den § 168 Abs. 1 AktG a. F. (nunmehr § 323 Abs. 1 HGB) der Aktiengesellschaft bei Pflichtverletzungen des Abschlußprüfers gewährt, verjährt gemäß Abs. 5 der Vorschrift in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt nach der allgemeinen Regel des § 198 BGB mit der Entstehung des Anspruchs. Insoweit herrscht im Schrifttum Einigkeit; **unterschiedlich wird dagegen die Frage beurteilt, wann der Schaden entstanden ist.** Eine Reihe von Autoren meint, dies sei bereits mit Ablieferung des Prüfungsberichts der Fall (Brönner in Großkommentar zum AktG, 3. Aufl. § 168 Anm. 20; Gloeckner, Die zivilrechtliche Haftung des Wirtschaftsprüfers S. 59; Hofbauer/Kupsch, Bonner Handbuch der Rechnungslegung § 323 HGB Rdnr. 35; Küting/Weber, Handbuch der Rechnungslegung 3. Aufl. § 323 HGB Rdnr. 18; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 3. Aufl. Rdnr. 439; Lücke EWiR 1993, 797, 798; wohl auch Gessler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, Aktiengesetz § 168 Rdnr. 40). Andere vertreten demgegenüber die Ansicht, bei Ablieferung des Prüfungsberichts könne noch offen sein, ob ein pflichtwidriges Verhalten zu einem Schaden führe (Adler/Düring/Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen 5. Aufl. § 323 HGB Rdnr. 73; Budde/Hense in Beck'scher Bilanzkommentar 2. Aufl. § 323 HGB Rdnr. 40). Wann ein Schaden eintritt, wird indes nicht

näher erläutert (vgl. auch Baumbach/Duden/Hopt, HGB 28. Aufl. § 323 HGB Anm. 6; Claussen in Kölner Kommentar zum AktG, 2. Aufl. § 323 HGB Rdnr. 26; Marsch/Barner in GK-HGB, § 323 Rdnr. 8).

- b) Ansprüche gegen Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften, gegen Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte und Notare beginnen ebenfalls mit der Entstehung eines Schadens zu verjähren (vgl. §§ 93 Abs. 6 AktG, 51 a WirtschaftsprüferO, 68 StBerG, 51 BRAO, 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, 852 Abs. 1 BGB). Diese Voraussetzung ist erst dann gegeben, wenn die Vermögenslage des Betroffenen infolge der Handlung im Vergleich mit dem früheren Vermögensstand schlechter geworden ist. **Zwar genügt es, daß die Verschlechterung sich wenigstens dem Grunde nach verwirklicht hat.** Ist jedoch noch offen, ob pflichtwidriges Verhalten zu einem Schaden führt, besteht also lediglich ein entsprechendes Risiko, ist die Verjährungsfrist noch nicht in Lauf gesetzt. **Eine lediglich risikobehaftete Lage stellt regelmäßig eine bloße Gefährdung dar, die sich noch nicht in der Bewertung des Gesamtvermögens niederschlägt und daher nicht einem Schadeneintritt gleichsteht** (vgl. BGHZ 100, 228, 231 f; GI 92, 311 = 119, 69, 71; BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, GI 93, 117 = NJW 1993, 648, 650; v. 5.11.1992 – IX ZR 200/91, GI 93, 163 = NJW 1993, 1320, 1321).

Entsprechendes gilt für die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Abschlußprüfer. Die Bestimmung des § 168 Abs. 5 AktG a. F. (nuncmehr § 323 Abs. 5 HGB) ist ebenso ausgestattet wie die Verjährungsvorschriften zur Haftung der oben genannten Berufsgruppen. Hier wie dort geht es um den Ersatz reiner Vermögensschäden; auch die Interessenlage der jeweiligen Vertragspartner ist in allen Punkten vergleichbar.

- c) **Die Revision meint, der Schaden sei mit der Abgabe des Prüfungsberichts eingetreten, weil dadurch die Vergütungsforderung des Abschlußprüfers entstanden sei, ohne daß die Gesellschaft einen korrekten Prüfungsbericht als gleichwertige Gegenleistung erhalten habe.** Dem vermag sich der Senat nicht anzuschließen.

Enthält der Prüfungsbericht fachliche Mängel, kann die Gesellschaft gemäß § 633 BGB beziehungsweise Ziffer 8 der Allgemeinen Auftragsbedingungen deren Beseitigung verlangen. Da die Vorschriften über die Gewährleistung beim Werkvertrag insoweit zumindest entsprechend anwendbar sind (Adler/Düring/Schmaltz, § 318 HGB Rdnr. 126; Gessler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, § 163 Rdnr. 22), steht der Gesellschaft gegenüber dem

Vergütungsanspruch, solange die Mängel der Leistung des Abschlußprüfers nicht behoben sind, gemäß § 320 BGB die Einrede des nicht erfüllten Vertrages zu (vgl. BGHZ 26, 337). **Der Nachbesserungsanspruch kann auch nach Abnahme des Prüfungsberichts gegebenenfalls auf Neuherstellung gerichtet sein** (vgl. BGHZ 96, 111). **Allein die Ablieferung des Prüfungsberichts begründet daher jedenfalls so lange keinen Schaden, wie der Abschlußprüfer noch keine Vergütung erhalten hat.** Der Kläger hat nicht behauptet, die Gesellschaft habe vor dem 14. 7. 1982 eine Zahlung geleistet.

d) Im Streitfall sollen die dem Abschlußprüfer zur Last gelegten Prüfungsfehler zur Folge gehabt haben, daß ein in Wahrheit nicht bestehender Gewinn in der Bilanz ausgewiesen und an die Aktionäre ausgeschüttet wurde. **Ein Schaden daraus ist der Gesellschaft nicht vor dem Gewinnverwendungsbeschluß der Hauptversammlung am 26. 7. 1982 entstanden.**

aa) Gemäß § 58 Abs. 4 AktG haben die Aktionäre Anspruch auf den Bilanzgewinn, soweit er nicht nach Gesetz oder Satzung, durch Hauptversammlungsbeschluß oder als zusätzlicher Aufwand aufgrund des Gewinnverwendungsbeschlusses von der Verteilung ausgeschlossen ist. Dieses mitgliedschaftliche – Mehrheitsentscheidungen unterworfenen – Recht des Aktionärs auf Gewinnbeteiligung verwandelt sich in einen Zahlungsanspruch gegen die Aktiengesellschaft erst durch den Gewinnverwendungsbeschluß der Hauptversammlung (vgl. BGHZ 7, 263, 264; 23, 150, 154; 65, 230, 235; Gessler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, § 58 Rdnr. 116 f.; Lutter in Kölner Kommentar, § 58 Rdnr. 89 f., § 174 Rdnr. 27).

Mit der Billigung durch den Aufsichtsrat ist der Jahresabschluß festgestellt (§ 172 AktG). Damit ist zwar ein konkreter Gewinnbeteiligungsanspruch rechtlich existent geworden (BGHZ 65, 230, 235; Gessler/Hefermehl/Eckardt/Kropff, § 58 Rdnr. 116). Die Vermögenslage der Aktiengesellschaft hat sich jedoch noch nicht verändert; denn die Verpflichtung, einen Teil des Gewinns an die Aktionäre auszuschütten, ist dadurch nicht begründet worden. Nach wie vor kann die Hauptversammlung beschließen, den gesamten Bilanzgewinn in offene Rücklagen einzustellen oder als Gewinn vorzutragen (§§ 58 Abs. 3, 174 Abs. 2 Nr. 3 und 4 AktG). Sie ist in der Wahl zwischen den verschiedenen Möglichkeiten rechtlich völlig frei und auch nicht an den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes gebunden. Erst der Gewinnverwendungsbeschluß der

Hauptversammlung bewirkte daher einen Auszahlungsanspruch der Aktionäre und demzufolge einen vermögensmäßigen Nachteil der Gesellschaft.

- bb) **Gebunden ist die Hauptversammlung dagegen an die Feststellung des Jahresabschlusses (§§ 174 Abs. 1, 172 AktG).** Daraus kann indes entgegen der Meinung der Revision nicht hergeleitet werden, **der Schaden sei bereits mit dem entsprechenden Beschluß des Aufsichtsrates am 5. 7. 1982 eingetreten.**

Die Bindung an den festgestellten Jahresabschluß hat lediglich zur Folge, daß sich die Entscheidungsbefugnis der Hauptversammlung auf den ausgewiesenen Bilanzgewinn beschränkt. Sie kann diesen weder erhöhen noch ermäßigen. Da aber die Entscheidung, ob Bilanzgewinn an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet wird, allein bei der Hauptversammlung liegt, **bewirkte die Feststellung des Jahresabschlusses zwar eine Vermögensgefährdung für die Gesellschaft, jedoch noch keine reale finanzielle Schlechterstellung, ohne die nach der Rechtsprechung des Senats ein Schaden nicht eintritt.**

Etwas anderes ergibt sich auch nicht daraus, daß im Streitfall der Mehrheitsaktionär Dr. K. zugleich Aufsichtsratsvorsitzender war und 99 % der Anteile von Aktionären gehalten wurden, die im Vorstand oder Aufsichtsrat mitwirkten. Aufgrund dieser Gegebenheiten **war zwar rein tatsächlich mit Sicherheit zu erwarten, daß die Hauptversammlung dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands folgen und die Ausschüttung beschließen würde.** Gleichwohl konnte vor der Entscheidung der Hauptversammlung eine rechtliche Verpflichtung zur Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre nicht eintreten und infolgedessen **bis dahin kein greifbarer Vermögensanteil bei der Aktiengesellschaft entstehen. Auch aus Gründen der Rechtsklarheit ist ein Schaden erst dann zu bejahen, wenn eine Entschließung vorliegt, die für die Gesellschaft als die von der Pflichtverletzung des Abschlußprüfers betroffene Vertragspartnerin nachteilige Rechtswirkungen äußert** (vgl. BGHZ 119, 69, 73 = GI 92, 311; BGH, Urt. v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92, GI 93, 117 = NJW 1993, 648, 650 f.). Der Beginn der Verjährungsfrist kann daher nicht davon abhängen, in welchem Umfang Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder selbst Aktionäre der Gesellschaft sind.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kann eine Konzern- oder Holdinggesellschaft, die mit Mehrheit an einer anderen

Kapitalgesellschaft beteiligt ist, den bei der Tochtergesellschaft erzielten und zur Ausschüttung vorgesehenen Gewinn noch für das gleiche Geschäftsjahr in der Bilanz ausweisen, wenn der Jahresabschluß der Tochtergesellschaft noch vor Abschluß der Prüfung bei der Muttergesellschaft festgestellt worden ist und mindestens ein entsprechender Gewinnverwendungsvorschlag vorliegt (BGHZ 65, 230). Der Bundesfinanzhof sieht sogar eine steuerrechtlich begründete Verpflichtung, in dieser Weise zu verfahren (BFHE 131, 196; 132, 80; 156, 443). Diese Entscheidungen vermögen die Auffassung des Klägers, bei den hier gegebenen Beteiligungsverhältnissen sei der Schaden spätestens mit der Feststellung des Jahresabschlusses eingetreten, jedoch ebenfalls nicht zu stützen. Die Rechtsprechung betrifft ausschließlich die Frage des Bilanzierungszeitpunkts bei der mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft. Da die Bilanzierung allein noch keinen Schaden bei der Tochtergesellschaft begründet, kann daraus nichts für den Zeitpunkt gewonnen werden, zu dem die Verjährungsfrist der Ansprüche gegen den Abschlußprüfer zu laufen beginnt.

- cc) **Vergeblich ist weiter der Hinweis der Revision auf die mit der Ausweisung eines Gewinns entstehenden Steuerforderungen.** Nach der ständigen Rechtsprechung des Senats entsteht ein durch einen Fehler des Steuerberaters verursachter steuerlicher Nachteil nicht schon, sobald ein Anspruch des Fiskus begründet wird, sondern frühestens mit dem Zugang des Steuerbescheids (BGHZ 119, 69 = GI 92, 311; Senatsurt. v. 10.12.1992 – IX ZR 54/92, GI 93, 187 = NJW 1993, 1137, 1138; v. 29.4.1993 – IX ZR 109/92, GI 93, 364 = NJW 1993, 2181). Es ist kein vernünftiger Grund ersichtlich, davon bei der Beurteilung der Verjährung des Anspruchs gegen den Abschlußprüfer abzuweichen, wenn von ihm zu vertretende Mängel des Prüfungsberichts zu steuerlichen Nachteilen für die betreffende Gesellschaft geführt haben. ...

Die Pflicht des Finanzamts zur eigenständigen Prüfung des für die Besteuerung maßgeblichen Sachverhalts bleibt (von § 158 AO) unberührt. Schon deshalb ist aus der genannten Bestimmung – ebenso wie bei der Steuerberaterhaftung – nichts für den Zeitpunkt der Verjährung von Ansprüchen gegen den Abschlußprüfer herzu-leiten.“

Anmerkung:

Der IX. Zivilsenat macht deutlich, daß für den als Abschlußprüfer einer AG tätigen Wirtschaftsprüfer eine vergleichbare Verjährungsregelung gilt wie für Ansprüche gegen Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften, Steuerberater, Rechtsanwälte und Notare.

Ein Schaden durch einen unkorrekten Prüfungsbericht entsteht bereits mit der Zahlung der Vergütung an den Abschlußprüfer. Hierauf ist bei der Prüfung von Haftungsfällen in der Zukunft zu achten. Denn für den Beginn der Verjährungsfrist ist es ohne Bedeutung, wenn der Anspruchsteller z. B. nur den nicht verjährten Teil eines in Betracht kommenden Schadens geltend macht. Der aus einem bestimmten Verhalten erwachsene Schaden ist als Ganzes aufzufassen. Es gilt eine einheitliche Verjährungsfrist – z. B. bereits ab Zahlung der Vergütung für den Prüfungsbericht –, da schon mit Auftreten des ersten Schadens bei verständiger Würdigung mit weiteren wirtschaftlichen Nachteilen gerechnet werden kann (vgl. BGHZ 50, 24; 100, 231 f; 114, 153 = GI 1991, 171; GI 1992, 320 = NJW 1992, 2829; BGH GI 1993, 88 = NJW 1993, 1139).

Der Mahnbescheid wegen eines Spätschadens hilft dem Anspruchsteller dabei nicht; nach dem Grundsatz der Schadeneinheit teilt dieser das „Verjährungsschicksal“ des ersten Schaden (Gräfe).

Verwertungsverbot

- Betriebsprüfung
- gewillkürtes Betriebsvermögen
- Entnahme
- Anmerkung

(Niedersächsisches Finanzgericht, Urt. v. 6. 10. 1993 – III 174/88 – n. rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Qualifikation von Wirtschaftsgütern als gewillkürtes Betriebsvermögen setzt voraus, daß diese objektiv geeignet sind, dem Betrieb zu dienen und der Betriebsinhaber die Widmung für diesen Zweck klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht hat.

2. Buchungshandlungen dokumentieren den Entnahmewillen. Der Steuerpflichtige muß sich an der bilanzmäßigen Darstellung festhalten lassen, wenn er diese unterzeichnet hat.
3. Die Auswertung einer ohne Prüfungsanordnung vorgenommenen Prüfungshandlung ist unzulässig (Verwertungsverbot).

Tatbestand:

Der Rechtsstreit betrifft die Frage, ob das beklagte Finanzamt – FA – zu Recht einen zu Wohnzwecken genutzten Grundstücksteil als gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen qualifiziert und eine Entnahme dieses Grundstücksteils im Streitjahr 1980 angenommen hat. Ferner ist streitig, ob das FA mangels einer für das Streitjahr ergangenen Prüfungsanordnung an der Auswertung von im Rahmen einer Außenprüfung gewonnenen Feststellungen gehindert ist.

Die Klägerin zu 1) betrieb bis 1979 einen Einzelhandel mit Eisenwaren. Zum 1.1.1980 erfolgte eine Betriebsaufspaltung, nach der die R. GmbH als Vertriebsgesellschaft den Einzelhandel übernahm und die Klägerin zu 1) fortan Besitzgesellschaft war. Die Klägerin zu 1) hatte in ihren Bilanzen bis zum Jahre 1979 das gesamte 1968 errichtete Gebäude in L., H.-straße 23 einschließlich eines aus vier im Obergeschoß befindlichen Wohnungen bestehenden Wohnteils, der ständig an Fremde vermietet war, aktiviert. Sie hatte ferner einen 411 qm großen Teil dieses Grundstücks, nicht hingegen eine 1.226 qm große und im Miteigentum der Kläger zu 2) und 3) stehende Parzelle dieses Grundstücks, auf der das fragliche Gebäude steht, aktiviert. Die mit dem Wohnteil verbundenen Aufwendungen und Erträge hatte die Klägerin zu 1) bis 1979 als betriebliche behandelt. Mit der Eröffnungsbilanz der Klägerin zu 1) zum 1.1.1980 und der Wertentwicklung des Anlagevermögens 1980 erfolgte eine Ausbuchung des privat genutzten Wohnteils mit dem Buchwert von 55.407 DM.

Bei der Klägerin zu 1) wurde 1985 aufgrund der an sie ergangenen, u.a. die Gewinnfeststellung betreffenden Prüfungsanordnung vom 23.11.1984 eine Außenprüfung durchgeführt. Als Prüfungszeitraum waren in der Prüfungsanordnung die Jahre 1981 bis 1983 bestimmt. Im Zuge der Außenprüfung deckte der Prüfer die Ausbuchung des privat genutzten Wohnteils auf. Er vertrat die Auffassung, daß der als gewillkürtes Betriebsvermögen zu qualifizierende Wohnteil aufgrund dieser bilanzmäßigen Darstellung entnommen worden sei und daß die bei der Entnahme vorhandenen stillen Reserven von 204.409 DM bei der Ver-

anlagung 1980 zu berücksichtigen seien. Daraufhin änderte das FA den bereits unter dem 14. 4. 1982, gemäß § 164 Abs. 1 Abgabenordnung – AO – unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Gewinnfeststellungsbescheid 1980 durch Bescheid vom 10. 6. 1985 und stellte die Einkünfte aus Gewerbebetrieb für die Klägerin zu 1) auf 225.452 DM sowie die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung betreffenden den fraglichen Wohnteil auf 8.379 DM fest. Auf den hiergegen erhobenen Einspruch stellte das FA durch Einspruchsbescheid vom 11. 2. 1988 die Einkünfte aus Gewerbebetrieb für 1980 auf 103.976 DM und die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung auf 9.416 DM fest. Im übrigen wies es den Einspruch als unbegründet zurück.

Hiergegen richtet sich die Klage. Im Klageverfahren änderte das FA den Einspruchsbescheid dahingehend, daß die Einkünfte aus Gewerbebetrieb für 1980 auf 96.086 DM festgestellt und die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung nicht der Klägerin zu 1) zugerechnet werden. Diesen Änderungsbescheid haben die Kläger gemäß § 68 Finanzgerichtsordnung – FGO – zum Gegenstand des Verfahrens erklärt. Sie tragen zur Klagebegründung vor: Die fraglichen Wohnungen seien entgegen der Annahme des FA kein gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen. Sie hätten weder dem Betrieb der OHG noch der Beteiligung der Kläger zu 2) und 3) – die Vermieter der Wohnung gewesen seien – an dieser gedient. Die Wohnungen seien auch von ihrem baulichen Zuschnitt und von ihrer Lage im Obergeschoß des Gebäudes her nicht geeignet, dem Betrieb der Klägerin zu 1) zu dienen. Sie seien auch – weil sie weitgehend mit Krediten errichtet worden seien – nicht als Sicherungsobjekt für den Betrieb geeignet gewesen und hätten auch keinen der Klägerin zu 1) dienlichen Ertrag erbringen können. Zudem fehle es auch an einer Widmung der Wohnungen zu betrieblichen Zwecken: die formale Aufnahme der Wohnungen in die Bilanz sowie das Einfließen der Mieterträge und -aufwendungen in die Gewinn- und Verlustrechnung der Klägerin zu 1) reichten zur Begründung eines Widmungsaktes nicht aus. Zudem sei auch keine Aktivierung desjenigen Grundstücksteils erfolgt, auf dem sich das fragliche Gebäude befinde; auch dies stehe der Annahme einer Widmung entgegen. Selbst bei Annahme gewillkürten Sonderbetriebsvermögens fehle es jedenfalls an einer eindeutig feststellbaren Entnahmehandlung und eines entsprechenden Entnahmewillens. Die fragliche Buchungshandlung sei eindeutig als Berichtigungsbuchung gedacht und gewollt gewesen. Anders sei nicht zu erklären, daß die Ausbuchung im Streitfall zum Buchwert erfolgt sei. Schließlich unterlägen die angegriffenen Bescheide bereits deshalb der Aufhebung, weil das FA

die fraglichen Erkenntnisse aufgrund einer rechtswidrig durchgeführten Außenprüfung gewonnen habe und deshalb ein Verwertungsverbot der festgestellten Tatsachen bestehe. Denn die Prüfungsanordnung habe als Prüfungszeitraum die Jahre 1981 bis 1983 bestimmt, so daß die hier den Veranlagungszeitraum 1980 betreffenden Prüfungshandlungen mangels Erweiterung der Prüfungsanordnung rechtswidrig gewesen seien. Von Prüfungshandlungen – und nicht lediglich von Ermittlungshandlungen des Prüfers – sei deshalb auszugehen, weil die fraglichen Feststellungen im Betriebsprüfungsbericht selbst als solche gekennzeichnet worden seien.

Die Kläger beantragen:

den geänderten Feststellungsbescheid 1980 vom 10. 6. 1985,
den dazu ergangenen Einspruchsbescheid vom 11. 2. 1988 in
der Fassung vom heutigen Tage ersatzlos aufzuheben.

Das FA beantragt,

die Klage abzuweisen.

Es entgegnet: Die zu fremden Wohnzwecken dienenden Wohnungen seien aufgrund ihrer vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten für den Betrieb der Klägerin zu 1), beispielsweise als Lager oder Büro, zu Recht als gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen behandelt worden. Aufgrund des Ausweises der Wohnungen als Betriebsvermögen und der Behandlung der Finanzierungskosten als Betriebsschulden sei auch der Wille der Eigentümer eindeutig auf die Behandlung als Betriebsvermögen ausgerichtet gewesen. Dem stehe die im wesentlichen unterlassene Aktivierung des Grundstücks L., H.-straße 23 nicht entgegen. Denn es sei insoweit weder der eindeutig betrieblich genutzte Grund noch der dem vermieteten Gebäudeteil zuzurechnende Grundstücksteil aktiviert worden. Die Ausbuchung des Wohnteils könne auch nicht als eine bloße Berichtigungsbuchung qualifiziert werden, weil der Entnahmewille durch die fragliche Buchungshandlung eindeutig zum Ausdruck gebracht worden sei und dem objektiven Erklärungsgehalt der Bilanz entspreche. In formeller Hinsicht sei die Verwertung der in dem Prüfungsbericht getroffenen Feststellungen nicht zu beanstanden. Die fraglichen Ermittlungen des Prüfers seien, zumal der Gewinnfeststellungsbescheid 1980 vom 14. 4. 1982 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gestanden habe, nur aus Vereinfachungsgründen erfolgt und hätten in gleicher Weise auch von dem Sachbearbeiter des Innendienstes durchgeführt werden können. Eine Erweiterung der Prüfungsanordnung auf den Veranlagungszeitraum 1980 sei daher nicht erforderlich gewesen. Zumindest hätten jedoch

die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Prüfungsanordnung auf den Veranlagungszeitraum 1980 vorgelegen, so daß die in der Außenprüfung getroffenen Feststellungen keinem Verwertungsverbot unterlägen.

Wegen der weiteren Einzelheiten – auch hinsichtlich des Vorbringens der Beteiligten – wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der beigezogenen Steuerakten des FA Bezug genommen.

Aus den Gründen:

Die Klage ist begründet.

Zwar liegt im Streitfall eine Entnahme des als gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen zu qualifizierenden Wohnteils vor (dazu 1). Das FA war jedoch im Hinblick darauf, daß die Aufdeckung dieses Sachverhalts ohne entsprechende Prüfungsanordnung in der Außenprüfung erfolgt ist, an der Verwertung der in der Außenprüfung getroffenen Feststellungen gehindert (dazu 2).

1. Zu Recht hat das FA den fraglichen Wohnteil als gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen qualifiziert. Wirtschaftsgüter, die weder notwendiges Betriebsvermögen noch notwendiges Privatvermögen sind, sind gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen, sofern sie **objektiv geeignet sind, dem Betrieb der Personengesellschaft oder der Beteiligung des Gesellschafters zu dienen und der Gesellschafter die Widmung der Wirtschaftsgüter für diesen Zweck klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht hat** (BFH-Urt. v. 7. 4. 1992 – VIII R 86/87, BStBl II 1993, 21). Diese Voraussetzungen sind im Streitfall erfüllt. Der fragliche Wohnteil war objektiv geeignet für betriebliche Zwecke der Klägerin zu 1) genutzt zu werden. Denn es bestand zum einen die Möglichkeit, den Wohnteil zur Sicherung betrieblicher Kredite einzusetzen. Zum anderen konnten auch die Mieterträge und ferner auch – worauf das FA zutreffend hinweist – die Wohnungen selbst z. B. als Büro oder Lager für betriebliche Zwecke verwendet werden. Das genügt für eine Behandlung der Wohnungen als gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen (BFH-Urt. v. 7. 4. 1992, a.a.O.). Dem steht nicht entgegen, daß keine Aktivierung des auf den Wohnteil anteilig entfallenden Grund und Bodens erfolgt ist. Denn hinsichtlich des anteiligen Grundstücksteils ist im Streitfall von einer Identität der Nutzung auszugehen (BFH-Urt. v. 31. 1. 1985 – IV R 130/82, BStBl II 185, 395; Schmidt, Kommentar zum EStG, 12. Aufl. 1993, § 15 Rz 80 und § 4 Rz 37 c). Aufgrund des Ausweises des Wohnteils und der mit ihm zusammenhängenden Aufwendungen

und Erträge in den Bilanzen der Klägerin zu 1) bis 1979 sind auch die **subjektiven Voraussetzungen** für die entsprechende Behandlung der Wohnungen als gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen erfüllt (BFH-Urt. v. 7. 4. 1992, a.a.O.).

Im Streitfall ist ferner auch eine **Entnahme** des Wohnteils aufgrund der hier fraglichen bilanzmäßigen Darstellung nicht zweifelhaft. Durch die den Wohnteil betreffende **Buchungshandlung ist der Entnahmewille eindeutig dokumentiert** (Schmidt; a.a.O. § 4 Rz 53 b und 59 „Buchung“ m.w.N.). An diesem objektiven Erklärungswert der Buchungshandlung müssen sich die Kläger zu 2) und 3) festhalten lassen, da sie die Eröffnungsbilanz zum 1.1.1980 und ferner die Bilanz auf den 31.12.1980 unterzeichnet haben (BFH-Urt. v. 19. 3. 1981 – IV R 39/78, BStBl II 1981, 731). Da somit eine Entnahmehandlung vorliegt, können sich die Kläger auf das von einem fehlenden Entnahmewillen ausgehende BFH-Urt. v. 16. 3. 1983 – IV R 36/79, BStBl II 1983, 459) nicht berufen.

2. Die Klage ist jedoch begründet, weil die den Veranlagungszeitraum 1980 betreffenden Feststellungen der Außenprüfung aufgrund einer fehlenden Erweiterung der Prüfungsanordnung auf das Streitjahr einem Verwertungsverbot unterliegen. **Entgegen der Auffassung des FA können die fraglichen Feststellungen des Prüfers nicht lediglich als anlässlich einer Außenprüfung vorgenommene sonstige Ermittlungsmaßnahmen i.S.d. §§ 88 ff. AO qualifiziert werden.** Denn die hier den Veranlagungszeitraum 1980 betreffenden Ermittlungen des Prüfers waren ersichtlich auf eine umfassende Prüfung der Besteuerungsgrundlagen gerichtet. Es kommt hinzu, daß der Prüfer nicht – wie für sonstige Ermittlungshandlungen im Zusammenhang mit einer Außenprüfung erforderlich, vgl. BFH-Urt. v. 5. 4. 1984 – IV R 244/83, BStBl II 1984, 790 – auf den fehlenden Zusammenhang der vorgenommenen Ermittlungen mit der Außenprüfung hingewiesen hat. Er hat diese Ermittlungen vielmehr als Teil der Außenprüfung angesehen, weil er sie in dem Prüfungsbericht als Einzelfeststellungen aufgenommen und sie – wie aus Teil C des Prüfungsberichts ersichtlich – zu den „Prüfungsfeststellungen“ gerechnet hat.

Fehlt es hiernach im Streitfall an der erforderlichen Erweiterung der Prüfungsanordnung auf den Veranlagungszeitraum 1980, so folgt hieraus nach Auffassung des Senats ein Verwertungsverbot der in der Außenprüfung insoweit getroffenen Feststellungen. Der Senat vermag sich nicht der Auffassung von Tipke/Kruse (Kommentar zur AO § 196 Rz 9) anzuschließen, wonach im Falle einer fehlenden Prüfungsanordnung ein Verwertungsverbot nur dann bestehe, wenn die Prü-

fungsanordnung bei hypothetischer Prüfung hätte erlassen werden dürfen. Der Senat ist zwar der Überzeugung, daß unter Zugrundelegung dieser Rechtsauffassung im Streitfall die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Prüfungsanordnung gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 BPO (St) v. 27. 4. 1978 (BStBl I S. 195) vorgelegen haben, weil die in diesem Falle eingetretene Überschreitung eines Prüfungszeitraums von mehr als drei Jahren aufgrund der im Streitfall nicht unerheblichen Steuernachforderungen zulässig gewesen wäre. Insoweit verweist der Senat auf das BFH-Urt. v. 28. 4. 1988 – IV R 106/86, BStBl II 1988, 857). Jedoch vermag sich der Senat nicht der Auffassung anzuschließen, daß die **Auswertung einer ohne Prüfungsanordnung vorgenommenen Prüfungshandlung** bei einer hypothetisch zu bejahenden Rechtmäßigkeit der Prüfungsanordnung zulässig ist. Gegen diese Auffassung spricht nach Auffassung des Senats, daß die Prüfungsanordnung gemäß § 196 AO materiell-rechtliche Voraussetzung für die Durchführung der Außenprüfung ist und dem Steuerpflichtigen ermöglicht, gegen die Prüfungsanordnung gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Diese Rechtsschutzmöglichkeit entfällt im Falle einer – wie hier – fehlenden Prüfungsanordnung. **Da schon die erfolgreiche Anfechtung der Prüfungsanordnung ein Verwertungsverbot auslöst** (BFH-Urt. v. 16. 3. 1989 – IV R 6/88, BFH/NV 1990, 139), muß diese Rechtsfolge nach Auffassung des Senats erst recht im Fall einer ohne Prüfungsanordnung durchgeführten Außenprüfung gelten.

Anmerkung:

Das finanzgerichtliche Urteil fällt auf wegen seiner klaren Aussage zum Verwertungsverbot von Prüfungshandlungen, die ohne eine Prüfungsanordnung durchgeführt wurden.

Der BFH hat bisher ein Verwertungsverbot ausgesprochen, wenn eine Prüfungsanordnung nichtig (§§ 124, Abs. 3, 125 AO) oder aufgrund Anfechtungs-, Feststellungs- oder Fortsetzungsfeststellungsklage durch ein Gericht aufgehoben oder als rechtswidrig erkannt wurde. Tipke-Kruse will bei fehlender Prüfungsanordnung hypothetisch prüfen, ob diese **hätte** erlassen werden dürfen. In diesem Falle seien ohne Prüfungsanordnung getroffene Feststellungen nicht verboten und ein Verwertungsverbot nicht gegeben (Tipke-Kruse § 196 Anm. 9 mit weiteren Nachweisen). Diese Auffassung ist bedenklich. Die fehlende Prüfungsanordnung ist gleichzusetzen mit einer nichtigen. Sie verstößt mehr gegen die von der Finanzverwaltung einzuhaltene Formalität als eine Prüfungsanordnung, die erst durch ein Gericht aufgehoben wird (Gräfe).

Sozietätsmandat

– neuer Sozios

– Anmerkung

(BGH, Urt. v. 5. 11. 1993 – V ZR 1/93)

Leitsatz:

Das einer Anwaltssozietät erteilte Mandat erstreckt sich im Zweifel auch auf später eintretende Sozietätsmitglieder.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat der Klägerin gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verweigert, weil die beiden Sozien des mit dem Berufungsverfahren betrauten Rechtsanwalts St., die Rechtsanwälte H. und Sch., die Fristversäumung verschuldet hätten und die Klägerin sich dies zurechnen lassen müsse. Beide Rechtsanwälte seien am letzten Tag der Frist dafür verantwortlich gewesen, die Gerichtspost, unter der sich auch die Berufungsbegründung befand, bei der gemeinsamen Briefannahmestelle der Berliner Justizbehörden einzuwerfen. Rechtsanwalt St. habe Rechtsanwalt H. ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gerichtspost an diesem Tag einen wichtigen fristwahrenden Schriftsatz enthalte. Rechtsanwalt H. habe diesen Hinweis jedoch nicht erwähnt, als er Rechtsanwalt Sch. gebeten habe, die Gerichtspost für ihn zu besorgen. Auch Rechtsanwalt Sch. habe schuldhaft gehandelt, weil er sich von dem Anruf über einen Einbruch in die Wohnung seiner Freundin nicht habe ablenken lassen dürfen, die Gerichtspost einzuwerfen. Das Verschulden beider Rechtsanwälte sei der Klägerin zuzurechnen, auch wenn jene erst nach Erteilung des Mandats zur Klageerhebung in die Sozietät eingetreten seien. Dies hält der rechtlichen Prüfung stand.

II.

1. Zutreffend geht das Berufungsgericht davon aus, daß ein Rechtsanwalt das ihm angetragene Mandat zur Prozeßführung bei bestehender Anwaltssozietät in der Regel in deren Namen annimmt, d. h. nicht nur sich persönlich, sondern auch die mit ihm zur gemeinsamen

Berufsausübung verbundenen Kollegen verpflichtet. Sowohl der Auftraggeber als auch der Rechtsanwalt haben nämlich grundsätzlich den Willen, das Mandatsverhältnis mit allen Mitgliedern der Sozietät zu begründen. Dies entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGHZ 56, 355, 359; 70, 247, 249; Urt.v. 4. 2. 1988, IX ZR 20/87, NJW 1988, 1973; v. 10. 3. 1988, III ZR 195/86, WM 1988, 986, 987; v. 29. 10. 1990, AnwSt (RI) 11/90, NJW 1991, 49, 50; v. 24. 1. 1991, IX ZR 121/90, VersR 1991, 1003). Nur bei Vorliegen besonderer Umstände kann ausnahmsweise von der Begründung eines Einzelmandats ausgegangen werden (BGHZ 56, 355, 361; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht, Rdn. 52; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 4. Aufl. Rdn. 120). Hierfür reicht die Tatsache, daß das Auftragschreiben – wie hier – nur an einen Sozius gerichtet ist, allein nicht aus. Die Adressierung an ein einzelnes Mitglied der Sozietät kann auf verschiedenen Gründen beruhen und läßt keinen Rückschluß darauf zu, daß ein Einzelmandat erteilt werden sollte. Die von dem Berufungsgericht hervorgehobenen Umstände des Falles sprechen sogar gegen das Vorliegen eines Einzelmandats, nämlich die Einschaltung einer Korrespondenzanwältin, in deren Händen die eigentliche Bearbeitung der Sache liegen sollte, sowie die Tatsache, daß Rechtsanwalt St. den Auftrag als Gesamtmandat behandelt hat.

2. Ist einer Anwaltssozietät zur Führung eines Rechtsstreits ein Mandat erteilt, so sind alle Mitglieder der Sozietät Bevollmächtigte im Sinne des § 85 ZPO. Treten während des Mandats – wie hier – neue Mitglieder in die Sozietät ein, so stellt sich allerdings die Frage, welche Konsequenzen sich hieraus für das Mandatsverhältnis und die Bevollmächtigung ergeben.

Das Berufungsgericht vertritt in Übereinstimmung mit der Literatur (Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, 2. Aufl. S. 58; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 4. Aufl. I, 166; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht, Rdn. 315, 597) die Auffassung, der eintretende Sozius werde in das bestehende Mandatsverhältnis einbezogen. **Dies setzt im Außenverhältnis zum Mandanten jedoch dessen Zustimmung voraus. Ohne sein Einverständnis besteht ein Anwaltsvertrag nur mit der bei Vertragsabschluß vorhandenen Sozietät, so daß auch nur deren Mitglieder Bevollmächtigte im Sinne des § 85 Abs. 2 ZPO sind.** Insoweit ist die Rechtslage vergleichbar mit der bei nachträglicher Gründung einer Sozietät (BGH, Urt.v. 4. 2. 1988, IX ZR 20/87, a.a.O.).

Die Einbeziehung eines neu eintretenden Sozius in das bestehende Mandatsverhältnis kann von vornherein oder nachträglich – ausdrücklich oder stillschweigend – erfolgen. Haben die Parteien eine ausdrückliche Regelung nicht getroffen, ist zu prüfen, ob der Anwaltsvertrag entsprechend ausgelegt werden kann.

Ob das Berufungsgericht diese Auslegung hier tatsächlich vorgenommen hat, kann dahingestellt bleiben. Denn eine sonst mögliche Auslegung durch den Senat käme ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die Rechtsanwälte H. und Sch. in das bestehende Mandatsverhältnis einbezogen worden sind.

Der Anwaltsvertrag mit einer Sozietät ist nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrsauffassung und die Interessenlage der Parteien in der Regel dahin zu verstehen, daß bei einer personellen Erweiterung der Sozietät auch deren neue Mitglieder vom Zeitpunkt ihres Eintritts an mitbeauftragt sein sollen. Der Rechtsuchende, der eine Sozietät beauftragt, will in der Regel damit besser stehen, als er bei Erteilung eines Einzelmandats stünde. **Auch wenn er weiß oder vielleicht sogar Wert darauf legt, daß nur einer der Anwälte seine Sache bearbeitet, will er im allgemeinen doch die Gewißheit haben, daß hinter „seinem“ Anwalt jeweils die gesamte Sozietät mit ihren Vorteilen in bezug auf Organisation und Arbeitsteilung steht** (BGHZ 56, 355, 360). **Wird aber dieser Vorteile wegen nicht ein einzelner Rechtsanwalt, sondern die Sozietät beauftragt, haben im Zweifel sowohl der Mandant als auch die Sozietät den Willen, im Falle einer Sozietäts-erweiterung das hinzutretende Mitglied von diesem Zeitpunkt an – sein zu vermutendes Einverständnis vorausgesetzt – in das Auftragsverhältnis einzubeziehen.** Denn die von dem Mandanten erstrebten Vorteile können hierdurch nur gemehrt werden. Umgekehrt besteht für die Sozietät erkennbar ein praktisches Bedürfnis, auch einen neuen Sozius in die laufenden Vertragsbeziehungen mit Mandanten einzubinden und die in Erfüllung des Auftrags geschuldeten Leistungen mit dem jeweiligen Personalbestand erbringen zu dürfen.

Freilich ist es denkbar, daß im Einzelfall aus besonderen Gründen ein Auftrag ausschließlich an die Personen der bei Mandatserteilung bestehenden Sozietät geknüpft sein soll. Für einen solchen Ausnahmefall geben die Umstände des hier zu entscheidenden Sachverhalts jedoch nichts her.

3. **Unerheblich ist, daß die Rechtsanwälte H. und Sch. nur als freie Mitarbeiter in die Sozietät aufgenommen wurden.** Denn für die Einbeziehung in das Mandatsverhältnis kommt es allein darauf an, daß

sie nach außen hin als Mitglieder der Sozietät in Erscheinung getreten sind (st. Rspr. BGHZ 70, 247, 249; BGH, Urt. v. 10. 3. 1988, III ZR 195/86, WM 1988, 986, 987; v. 17. 10. 1989, XI ZR 158/88, GI 90, 73 = WM 1990, 188, 191; v. 24. 1. 1991, IX ZR 121/90, GI 91, 205 = VersR 1991, 1003).

4. Zutreffend nimmt das Berufungsgericht weiterhin an, daß Rechtsanwalt H. an der Versäumung der Berufungsbegründungsfrist jedenfalls ein Mitverschulden trifft, weil er Rechtsanwalt Sch. nicht ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Gerichtspost einen fristwahrenden Schriftsatz enthält. Daß die Postbeförderung mit zu den Aufgaben von Rechtsanwalt Sch. gehörte, entband Rechtsanwalt H. nicht von der Pflicht, jenen auf die Dringlichkeit **dieser** Gerichtspost gesondert hinzuweisen, nachdem er seinerseits einen entsprechenden Hinweis von Rechtsanwalt St. erhalten hatte. Auf die von dem Berufungsgericht geprüfte Frage, ob auch Rechtsanwalt Sch. ein Mitverschulden trifft, kommt es daher nicht mehr an.

Das Verschulden von Rechtsanwalt H. muß die Klägerin sich gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen, auch wenn Rechtsanwalt H. bei dem Kammergericht nicht zugelassen ist. **Denn die Partei muß sich das Verschulden eines tätig gewordenen Sozietätsmitglieds selbst dann zurechnen lassen, wenn dieses bei dem maßgeblichen Gericht nicht zugelassen ist.** Dies entspricht der inzwischen gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (Urt. v. 14. 2. 1979, XII ZR 269/77, VersR 1979, 446, 447; Beschl. v. 26. 4. 1990, VII ZB 3/90, VersR 1990, 874). Die von der Revision in Bezug genommene, hiervon abweichende frühere Rechtsprechung (BGH, Beschl. v. 7. 5. 1951, II ZB 7/51, LM Nr. 7 zu § 233 ZPO a. F.; Urt. v. 19. 2. 1957, VIII ZR 284/56, LM Nr. 72 zu § 233 ZPO a. F.) ist dadurch überholt.

Eine Partei hat es auch zu vertreten, wenn der nicht postulationsfähige Sozios – wie hier – lediglich die Übermittlung eines fristwahrenden Schriftsatzes übernimmt und die Erledigung vergißt (BGH, Beschl. v. 4. 7. 1975, IV ZB 22/75, VersR 1975, 1028, 1029).

Anmerkung:

Die Entscheidung ist abzugrenzen v. Urt. des IX. Zivilsenats v. 4. 2. 1988 – IX ZR 20/87 (WM 1988, 457 = ZIP 1988, 315 = GI 1988, 94, Leitsätze).

Dort befand der BGH, daß Einzelanwälten erteilte Mandate mit der Gründung einer Anwaltssozietät nicht in den Verantwortungsbereich der Sozietätsmitglieder „hineinwachsen“. Diese Entscheidungsaussage

ist das Ergebnis der Auslegung des Mandatsvertrages: Wer den Anwalt einer Sozietät beauftragt, will in der Regel die Sozietätsvorteile in bezug auf Organisation und Arbeitsteilung für sich in Anspruch nehmen. Wer einem Einzelanwalt ein Mandant anträgt, kann diesen Willen nicht haben (Gräfe).

Untreue

- Rechtsanwalt
- Vermögensverwaltung
- Vermögensberatung

(BGH, Beschl. v. 11. 8. 1993 – 2 StR 309/93
– wistra 1993, 300)

Leitsatz:

Zur Treuepflicht eines Rechtsanwalts, der vermögensverwaltend tätig ist.

Aus den Gründen:

Das Landgericht hat den Angeklagten wegen Untreue in zehn Fällen, wegen Betruges und Gebührenüberhebung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Seine Revision gegen diese Entscheidung hat nach teilweiser Einstellung des Verfahrens im Ergebnis keinen Erfolg. Der von der Einstellung nicht berührte Teil des Urteils weist keinen den Angeklagten belastenden Rechtsfehler auf. Seine Revision ist im Sinne von § 349 Abs. 2 StPO unbegründet. Einer Erörterung bedarf lediglich die Frage, ob der Angeklagte in den Fällen II 2 b und II 2 c der Urteilsgründe eine ihm obliegende Vermögensbetreuungspflicht verletzt.

Das Landgericht hat diese Frage auf der Grundlage der getroffenen Feststellungen rechtsfehlerfrei bejaht.

Der 72 Jahre alte Zeuge B. hatte dem Angeklagten, der ihn vorher als Rechtsanwalt längere Zeit in Rechtsangelegenheiten betreut hatte, **Generalvollmacht über sein beträchtliches Vermögen erteilt**. B. suchte mit Hilfe des Angeklagten nach lukrativen Geldanlagen. Als er im Frühjahr 1987 einen Teil seines Geldes einerseits günstig, andererseits aber auch sicher anlegen wollte und den Angeklagten als seinen **Vermögensverwalter** hinzuzog, riet dieser ihm, von einer geplanten Geldanlage bei der A. abzusehen und das Geld in England sicher zu einem günstigen Zinssatz von 10 % anzulegen. B. folgte diesem Rat und überwies auf Veranlassung des Angeklagten 60.000 DM auf ein von diesem angegebene Konto.

Der Angeklagte traf mit dem von ihm empfohlenen Darlehensnehmer keine Vereinbarung über die Gewähr von Sicherheiten zu Gunsten seines Mandanten. Ihm wurde unter Bezugnahme auf eine telefonische Absprache lediglich eine Bestätigung über die Darlehensgewährung, die Laufzeit und den Zinssatz übersandt.

Weitere 162.000 DM, welche die Mutter des Angeklagten von einem Konto des Zeugen B. von einer Bank in Luxemburg abgeholt hatte, händigte der Angeklagte einem Vertreter des von ihm empfohlenen Darlehensnehmers aus, ohne daß Einzelheiten der Darlehensgewährung wie Zinssatz und Laufzeit verbindlich vereinbart und Sicherheiten gestellt worden waren.

Die Gelder gingen bei Spekulationsgeschäften des Darlehensnehmers verloren und wurden nicht zurückgezahlt.

Der Angeklagte wurde in beiden Fällen zwar nicht aufgrund der ihm erteilten Generalvollmacht, sondern einer für den Einzelfall erteilten Ermächtigung tätig.

Im Falle II 2 b nahm er die für seinen Mandanten nachteilige Auszahlung des Darlehensbetrages auch nicht selbst vor, sondern veranlaßte diesen zu der Verfügung. Dennoch handelte er dabei im Rahmen eines besonderen, eine Treupflicht begründenden Vertragsverhältnisses, das durch die erteilte Generalvollmacht geprägt war, auch wenn der Angeklagte bei den einzelnen Verfügungen keinen Gebrauch davon machte oder zusätzlich die Zustimmung des B. einholte.

Im Rahmen des zwischen ihm und seinem Mandanten B. bestehenden Vertragsverhältnisses sollte der Angeklagte nicht nur unverbindlich Ratschläge erteilen, **sondern bei günstigen und sicheren Geldanlagen seinen Mandanten unterstützen**. Dazu gehörte sowohl die Auswahl und

Empfehlung von Darlehensnehmern, als auch der Abschluß von Darlehensverträgen über sichere Geldanlagen. Der Angeklagte war damit nicht nur **Anlageberater, dessen Pflichtverletzung nicht ohne weiteres als Treuebruch angesehen werden kann** (vgl. BGHR StGB § 266 I Vermögensbetreuungspflicht 21). Zwischen der durch die Generalvollmacht geprägten Vermögensbetreuungspflicht des Angeklagten und seiner Tätigkeit bei den hier maßgeblichen Darlehensverträgen bestand ein innerer Zusammenhang. Ein Ausnahmefall derart, daß im Rahmen eines Treueverhältnisses lediglich Verpflichtungen verletzt wurden, die vom Untreuetatbestand nicht erfaßt werden (vgl. BGHR § 266 I Vermögensbetreuungspflicht 1, 17), liegt nicht vor.

Die teilweise Einstellung des Verfahrens und der daraus folgende Wegfall zweier Einzelstrafen in Höhe von acht und sechs Monaten führt nicht zur Aufhebung der Gesamtstrafe. Es kann ausgeschlossen werden, daß das Landgericht bei den verbleibenden Einzelstrafen von insgesamt sieben Jahren sowie der Einsatzstrafe von einem Jahr und vier Monaten auf eine geringere Gesamtstrafe als drei Jahre und sechs Monate erkannt hätte.

GI Leitsatz

Anlageberatung / Beratung oder Vermittlung? / Bonität

1. Für die Abgrenzung zwischen Anlagevermittler und Anlageberater ist nicht der Wortlaut des Vermittlungsvertrages maßgeblich sondern es ist auf die tatsächlichen Umstände und die entfaltete Tätigkeit abzustellen.
2. Den Anlageberater treffen weitergehende Erkundigungs- und Beratungspflichten als den Anlagevermittler.
3. Der Anlageberater muß den Anleger darüber informieren, welches Haftungskapital und/oder haftungsrelevantes Vermögen hinter dem Anbieter steht.
4. Selbst wenn der Anlageberater (angeblich) von der Anlage abgeraten hat, befreit ihn dies nicht von seinen Informationspflichten, da der Anleger seine Entscheidung nur dann auf objektiver Grundlage treffen kann.
5. An einem Haftungsausschluß sind strenge Voraussetzungen zu stellen. Er erfaßt im Zweifel nur das allgemeine wirtschaftliche Risiko der Anlage, nicht aber die Haftung wegen der Verletzung von Beratungs- und Nachforschungspflichten.

(OLG Hamm, Urt.v. 5.10.1992 – 2 U 61/92 – AiF 06/94 – rkr.)

GI Hinweise

Die Anwaltssozietät Boden, Oppenhoff, Rasor pp. (Berlin, Frankfurt, Köln, Leipzig) zeichnet als Herausgeber des Beratungsreports für Anwälte und Unternehmer „Wirtschaftsrecht und Praxis – WPrax“. Ständige Mitarbeiter sind u. a. Prof. Crezelius, Prof. Uhlenbruck, Joachim Starck, Richter am BGH, Dr. Peter Limmer, Geschäftsführer des deutschen Notarinstituts Würzburg.

Die bisher vorliegenden Hefte zeigen, daß man versucht Gerichtsentscheidungen auf wesentliche Entscheidungsaussagen hin zu „raffen“, beratungsrelevante Gesetzesänderungen frühzeitig vorzustellen und dem Unternehmer Trends im Hinblick auf geplante Gesetzesänderungen nahezubringen. Das Heft erscheint zweimal im Monat im Verlag für die Rechts- und Anwaltspraxis GmbH & Co. (Bezugspreis DM 19,00).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1 – 4, 1994)

Abtretung			
– d. Honoraranspruchs	94, 72	– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	94, 16
		– im Prozeßvortrag	
Anlageberatung		– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	94, 56
– Abgrenzung z. Anlagevermittlung	94, 117	– Beweislast	94, 14
– Bonitätsprüfung	94, 117	– Tilgung	94, 22
– Haftungsausschluß	94, 117	– Unkostenpauschale, § 16 StBGebV	94, 58
Anwaltsnotar		– jede Steuererklärung	94, 58
– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	– Zeitgebühr	94, 58
Architektenhaftung		– Angabe § 13 StBGebV	
– Wohnflächenbegrenzung	94, 28	Kausalität	
Bauherrenmodell		– Beratungsfehler	94, 3
– Einkunfterzielungsabsicht	94, 19	– Beweislast	94, 37
– Rückkaufangebot		– Schutzzweck, Notarfehler	94, 36
Berufsverbot		– Unterbrechung d. –	
– Schuldnerverzeichnis	94, 80	Mahnbescheid	
Berufungsschrift		– Bezeichnung d. Anspruchs	94, 93
– mehrfache		Mitverschulden	
– Telefax, Schriftsatz	94, 66	– Haftungsverteilung	94, 67
Betriebsprüfung		– Rechtsmittel, unterlassenes	94, 40
– ohne Prüfungsanordnung	94, 104	Notar	
– Verwertungsverbot	94, 104	– Anwaltsnotar	
Beweislast		– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40
– unterlassene Aufklärung/Belehrung		– Belehrungspflicht	
– Beweisvermutung	94, 3	– Genehmigungspflicht, § 12 GrdstVG,	94, 2
– Kausalität		– § 19 BBauG	94, 29
– z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 4	– Beweislast	
– Zugang beim FA	94, 26	– Kausalität Notarfehler/Schaden	94, 35
Bürgschaft		– Erschließungskosten	94, 82
– zur Steuerschuld	94, 75	– Prüfungspflicht	
Entnahme		– Vertretungsvollmacht	94, 29
– Buchungshandlung	94, 104	– Sachverhaltsermittlung	94, 82
Erfüllungsgehilfe		– Wille d. Beteiligten	94, 82
– Notar/Beteiligter	94, 2	Niederschlagung	
Feststellungsklage		– der Steuerschuld	94, 75
– künftiger Anspruch	94, 2	Prüfungspflicht	
Fristenkontrolle		– d. Jahresabschlusses	
– Fristenkontrollbuch		– nach Umwandlung	94, 24
– Frist § 516 ZPO, 6 Mte	94, 39	Rechtsanwalt	
– Telefax		– Beratungspflichten	
– Weisung an Bürokraft	94, 38	– Verfassungsbeschwerde,	
– Weisung an Bürokraft		– Mißbrauchsgebühr	94, 66
– Telefax	94, 38	Rechtsberatung	
Gewinnausschüttung, verdeckte –		– Abwicklung d.	
– Zahlung für Kundenstamm	94, 28	– nichtigen Rechtsberatungsvertrages	94, 62
Haftungsbeschränkung		– Honoraranspruch	94, 62
– Anlageberatung	94, 117	– Honorarrückzahlung	94, 26
Honoraranspruch d. StB		– Kindergeldsache	
– Abtretung	94, 73	– Rechtsbeistand	
– Aufrechnung		– Gesellschaftsrecht/Pachtvertrag	94, 62
– mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14		

Schaden			
– Wohnraum, steuerbegünstigt = Architektenhaftung	94, 28		
Schuldbeitritt			
– zur Steuerschuld	94, 75		
Steuerberaterkammer			
– Merkblatt, Lohnsteuerberatung	94, 2		
Steuerberatungsvertrag			
– Auflösung d. – = fristlose Kündigung, § 627 BGB	94, 58		
– Formularvertrag = Kündigungsrecht	94, 58		
– Kündigung, § 627 BGB	94, 58		
Steuerhinterziehung			
– Steuerberater, Mittäter	94, 70, 92		
– Vorbereitung der Steuererklärung d.	94, 92		
Steuerschuld			
– Niederschlagung	94, 75		
Streitverkündung			
– Verjährungsunterbrechung	94, 54		
Telefax			
– Anweisung an Bürokraft	94, 38		
– Zugangsnachweis	94, 28		
Treuhänder			
– Prospektangaben = unrichtige	94, 66		
Umsatzsteuer			
– Ehegattenmietvertrag	94, 92		
Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB			
– Mahnbescheid	94, 93		
– Streitverkündung	94, 54		
Unterschrift			
– Klageschrift	94, 12		
Untreue, § 266 StGB			
– d. RA	94, 115		
– Vermögensverwalter	94, 115		
Verfassungsbeschwerde			
– Mißbrauchsgebühr	94, 66		
Verjährung, § 51 BRAO			
– Belehrung über Fehler u. Verjährungs- vorschrift, Sekundäranspruch = Anlaß zur Belehrung	94, 53		
– neues Mandat	94, 53		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch = Mandatsende	94, 86		
– Verjährungsbeginn = Bilanzfehler	94, 93		
– Gewinnverwendungsbeschluß	94, 93		
– Grundsatz d. Schadeneinheit	94, 93		
– Kosten d. Prüfungsberichtes	94, 93		
– Steuerabwälzung a. Mieter	94, 85		
Verjährung (§ 852 BGB, § 19 BNotO)			
– Feststellungsinteresse, künftiger Anspruch	94, 2		
– Kenntnis d. Schadens			
– Verjährungsbeginn = Schadenentstehung	94, 51		
Verwertungsverbot			
– keine Betriebsprüfungsanordnung	94, 104		
Wiedereinsetzung			
– Fristenkontrolle = Fristversäumnis, unverschuldete – = falsche Rechtsmittelbelehrung	94, 66		
– fehlerhafte Telefonauskunft	94, 72		
WP-GmbH			
– Leiter, andere Aufgaben	94, 92		
– Stammkapitalnachweis	94, 92		
Zugang			
– Beweis d. – = d. Telefax	94, 26		
<hr/>			
BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92 = VersR 1993, 358 = WM 1993, 251	94, 2		
BGH v. 22. 10. 1992 – V ZR 112/92 = NJW 1994, 55 = DB 1993, 2584	94, 12		
BGH v. 6. 5. 1993 – I ZR 183/91 = StB 1993, 422 = WM 93, 1605 = DSfR 93, 1463 = BB 93, 1611	94, 2		
BGH v. 27. 5. 1993 – IX ZR 66/92 = WM 1993, 1513 = NJW 1993, 2744 = VersR 1993, 1244 = DB 1993, 2326	94, 29		
BGH v. 7. 6. 1993 – V StR 212/93 = wistra 93, 302	94, 70		
BGH v. 24. 6. 1993 – IX ZR 216/92 = WM 1993, 1889 = DB 1993, 2327 = NJW 1993, 2747	94, 40		
BGH v. 11. 8. 1993 – 2 StR 309/93 = wistra 93, 300	94, 115		
BGH v. 20. 9. 1993 – II ZB 10/93 = NJW 93, 3141 = WM 93, 2141 = BB 93, 2408	94, 66		
BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 73/93 = WM 1994, 78 = NJW 1993, 3259 = DB 1993, 2373	94, 3		
BGH v. 4. 10. 1993 – II ZB 9/93 = BB 93, 2336	94, 72		
BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 21/93 = NJW 94, 459 = BB 94, 106	94, 39		
BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 22/93 = NJW 94, 329 = DB 94, 141	94, 38		
BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 252/92 = NJW 94, 379 = WM 94, 217	94, 67		

BGH v. 28.10.1993 – IX ZR 21/93	94, 93
= NJW 94, 323	
= WM 94, 33	
= ZIP 93, 1886	
= BB 94, 183	
BGH v. 5.11.1993 – V ZR 1/93	94, III
= NJW 94, 257	
= ZIP 93, 1879	
= BB 94, 29	
<hr/>	
OLG Düsseldorf v. 12.3.1992 – 13 U 152/91	94, 24
OLG Düsseldorf v. 22.10.1992 – 18 U 94/92, rkr.	94, 7
OLG Düsseldorf v. 10.12.1992 – 13 U 90/92, rkr.	94, 72
OLG Düsseldorf v. 17.12.1992 – 13 U 98/92 – rkr.	94, 22
OLG Düsseldorf v. 11.3.1993 – 13 U 123/92.	94, 56
OLG Düsseldorf v. 29.4.1993 – 13 U 188/92	94, 19
OLG Düsseldorf v. 6.5.1993 – 13 U 86/91	94, 16
OLG Düsseldorf v. 27.5.1993 – 13 U 201/92	94, 58
OLG Düsseldorf v. 15.7.1993 – 13 U 245/92	94, 14
OLG Hamm v. 5.10.1992 – 2 U 61/92	94, 117
= AiF 06/94 – rkr.	
OLG Köln v. 16.6.1993 – 11 U 37/93	94, 28
= AiF 1993, 1188	
OLG München v. 30.7.1990 – 31 U 1857/90	94, 66
rkr. durch Nichtannahmebeschluß des BGH v. 10.7.1991 = RPKU 1.120/90	
OLG München v. 16.12.1992 – 7 U 5553/92	94, 28
= NJW 1993, 2447	
OLG München v. 9.11.1993 – 4 StRR 54/93	94, 92
= wistra 94, 34	
OLG Stuttgart v. 6.7.1993 – 12 U 229/92	94, 62
<hr/>	
LG Braunschweig v. 11.3.1993 – 4 O 457/92	94, 82
LG Darmstadt v. 17.12.1992 – 9 O 170/92	94, 28
= NJW 1993, 2448	
LG Duisburg v. 22.11.1990 – 2 S 150/89	94, 66
LG Kiel v. 29.6.1993 – 6 O 414/92	94, 85
<hr/>	
FG Köln v. 15.2.1993 – 3 K 3432/92	94, 26
= LEXINFORM 0102894	
= Steuertext: 4418	
FG Niedersachsen v. 6.10.1993 – III 174/88	94, 104
FG Saarland v. 30.3.1993 – I K 168/92	94, 28
= StB 1993, 301	
<hr/>	
LSG Rheinland-Pfalz v. 22.7.1993 – L 6 Sb 46/93	
= StB 1993, 423	
<hr/>	
VG Hannover v. 25.8.1993 – 5 A 3374/91	94, 92
= WPK-Mitt. 1994, 65	
VGH Hessen v. 11.12.1991 – 13 K 899/91	94, 80
<hr/>	
BFH v. 15.3.1993 – V R 109/89	94, 92
= NJW 1994, 216	